

**Antrag 150/I/2025****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)****An Versprechen halten – echten Nachteilsausgleich für angestellte Lehrkräfte**

1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion des Berliner  
2 Abgeordnetenhauses und die SPD-Mitglieder des Senats  
3 auf, einen echten Nachteilsausgleich für Angestellte Lehr-  
4 kräfte entsprechend den öffentlichen Zusicherungen der  
5 Berliner SPD sowohl bei der Abschaffung der Verbeam-  
6 tung von Lehrkräften als auch bei deren Wiedereinfüh-  
7 rung durchsetzen. Dieser Nachteilsausgleich hat sowohl  
8 die gehaltlichen Unterschiede, die ungleichen Regelun-  
9 gen zur Gesundheitsversorgung als auch den Unterschied  
10 zwischen Pension und Rente auszugleichen.

11

**Begründung**

12 Seit dem Sommer 2022 werden neu eingestellte Lehrkräf-  
13 te in Berlin wieder verbeamtet. Auch bereits angestellte  
14 Lehrkräfte wurden und werden nach und nach verbeam-  
15 tet. Das wieder verbeamtet wird, war ein langer Prozess,  
16 am Ende haben sich die Befürworter der Verbeamtung  
17 durchgesetzt, zentral damals war aber das Versprechen,  
18 gerade von der SPD, das die Lehrkräfte, welche nicht ver-  
19 beamtet werden können oder wollen einen entsprechen-  
20 den Nachteilsausgleich bekommen. Das ist bis heute nicht  
21 passiert.

22 Alles, was es bisher gibt sind maximal 300 Euro brutto  
23 mehr im Monat, das ist keine Erfüllung der öffentlichen  
24 Zusagen und Versprechen gegenüber den Beschäftigten.  
25 Verbeamtete Lehrkräfte bekommen eine Pension, mit der  
26 die Renten von Angestellten Lehrkräften nicht im Ansatz  
27 mithalten können. Verbeamtete haben ein Recht auf Bei-  
28 hilfe, Angestellte nicht.

29 Ausgeschlossen von einer Verbeamtung sind diejenigen  
30 die über 52 Jahre alt sind, Menschen mit schweren psy-  
31 chischen Erkrankungen und solche mit einem erhöhter  
32 BMI. Kurz um, Menschen, die sich in früheren Zeiten für  
33 eine Berufsausübung in Berlin entschieden haben und  
34 Menschen, die sowieso schon gesellschaftlich diskrimi-  
35 niert werden, werden hier benachteiligt.

36 Außerdem lehnen Menschen die Verbeamtung ab, aus  
37 verschiedenen Gründen, unter anderem weil es ihnen das  
38 Streikrecht nimmt. Diese Menschen, die sich für einen ge-  
39 werkschaftlichen Kampf engagieren, bestraft die Arbei-  
40 ter\*innen Partei SPD mit ihrem Wortbruch, sie erhalten  
41 zurzeit überhaupt keinen Nachteilsausgleich.

42 Die Bildungssenatorin der CDU hat deutlich gemacht,  
43 dass mit mehr als den 300 Euro nicht zu rechnen ist und  
44 diejenigen, die freiwillig auf eine Verbeamtung verzich-  
45 ten, auch in Zukunft keinen finanziellen Ausgleich erhal-  
46 ten sollen. Das kann die SPD so nicht hinnehmen, unter  
47 dem SPD geführten Vorgänger Senat ist das Gesetz zu Ver-

49 beamtung mit Nachteilsausgleich verabschiedet worden,  
50 dass dieser Ausgleich jetzt de facto nicht umgesetzt wird,  
51 ist ein Wortbruch, der nicht zu tolerieren ist.  
52